

Volks-Zeitung

Freitag das achtseitige illustrierte Witzblatt ULK 10 Pfennig

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Hans u. Garten-Ztg.
Tech.-Zeitung Witzblatt „ULK“
BERLIN REGNERISCH
2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH

Baby-Transport in China



Rugby-Touwabbu



Protest-Sturm gegen Frick - B. V. G. bleibt beim Einheitstarif - Steuer-Notverordnung?

Gummiknäppel-Tod eines Dresdener Journalisten

Unerhörte Roheit einiger Polizeibeamten / „Spionen“-Furcht am Panzerauto?

DRESDEN, 19. März.
Ein unerhörter Vorfall, der jetzt zu einem sehr tragischen Ausgang geführt hat, hat sich vor einigen Tagen vor dem Dresdener Polizeipräsidentium abgespielt. Gegen die von den Kommunisten angesagten Demonstrationen war das Polizeipräsidentium abgesperrt worden. Der Dresdener Berichterstatter Kiessling, der sich in seiner Berufseigenschaft als Journalist über die Situation erkundigen wollte, durchschritt unter Vorzeigen seiner Legitimationskarte die Postenkette und wurde auch von den Beamten anstandslos durchgelassen. Bei einem vor dem Präsidentium stehenden Polizeipanzerveragen blieb Kiessling stehen und sah sich den Wagen genauer an. Auf einmal stürzten über den ganz

allein auf dem weiten Platz stehenden Journalisten mehrere Polizisten her und schlugen in rücksichtslosester Weise mit Gummiknäppeln auf ihn ein. Kiessling erlitt mehrere schwere Verwundungen und musste ins Krankenhaus gebracht werden. Doch ist er heute mittag seinen Verletzungen erlegen.
Der Vorfall ist um so unerhörter, als Kiessling eine stadtbekannte Dresdener Persönlichkeit war und allgemein als sehr ruhiger und bescheidener Mensch gilt. Der Dresdener Polizeipräsident hatte, nachdem ihm der Fall vorgetragen war, nach anfänglicher Weigerung, eine Untersuchung eingeleitet. Nachdem Kiessling jetzt gestorben ist, hat auch die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung angeordnet.

Versicherungs-Mord oder nur Betrug?

Der pfiffige Herr Matulaitis in Memel
MEMEL, 19. März. (W. T. B.)
Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, wurde der Lehrer Kasimir Matulaitis, der am litauischen Gymnasium in Memel unterrichtete, unter dem Verdacht des Versicherungsbetruges festgenommen. Er hatte, ohne dass seine Frau es wusste, sie bei der deutschen Lebensversicherung mit etwa 275.000 Lit verichert. Er hatte die nötigen Geschäftshandlungen nicht in Memel, sondern in Orten des Memelgebietes getätigt, wo er nicht bekannt war, und dabei eine mehrfach vorbestrate Schneiderin Schleusner als seine Frau vorgestellt, die auch die Unterschriften für seine Frau gab.

Kurz nachdem die ersten Prämien an die Gesellschaften gezahlt worden waren, starb plötzlich die Ehefrau des Matulaitis, und zwar am 28. Februar 1930. Die Auszahlung der einzelnen Versicherungssummen stand bevor, als der Memeler Vertreter der „Iduna“ bei einem Gespräch mit einem Memeler Arzt ganz zufällig feststellte, dass das angebliche Ehepaar nicht nur bei der „Iduna“, sondern auch bei anderen Gesellschaften versichert war. Schlag auf Schlag erfolgte die Aufdeckung des Verbrechens. Die Prämien, die Matulaitis für die in betrügerischer Absicht geschlossenen Versicherungen hätte zahlen müssen, waren mehr als doppelt so hoch wie sein Gehalt.

Matulaitis und die Schleusner, die gestern auch verhaftet wurde, bestreiten jede Schuld an dem plötzlichen Tode der Frau Matulaitis, gaben aber den Versicherungen Betrug zu.

Kampf um die Steuersenkung

Finanz-Debatte im Reichstag — Minister Moldenhauer nicht mehr Aufsichtsratsmitglied der I. G. Farben

In der gestrigen Reichstagsitzung wurde die Finanzdebatte fortgesetzt.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erklärte, er habe in voller Offenheit die finanzielle Lage dargestellt und keine unvollführbaren Versprechungen gemacht. (Zwischenrufe der Deutschnationalen.) Ich habe nach der Möglichkeit von Ersparnissen zu suchen und habe mich dabei gegen Ausgabenforderungen aller Parteien zu wehren. Man kann natürlich nicht einseitig auf die Arbeitslosenversicherung verweisen,

denn keiner wird es für möglich halten, die Leistungen dieser Versicherung mit einem Schlage um 300 oder 400 Millionen zu senken.

Der andere denkbare Weg wäre der einer entsprechenden Senkung der Beamtengehälter, ein Vorschlag, gegen den ich mich mit größter Entschiedenheit aus staatspolitischen Gründen wende. Erreichen können wir nur etwas, wenn wir systematisch auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Ausgaben senken und in der Verwaltung sparen durch zweckmäßige Gestaltung und durch den Abbau von Aufgaben.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstagsitzung richtete der kommunistische Redner Dr. Neubauer heftige Angriffe gegen den Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer. Der Minister beziehe als Aufsichtsratsmitglied des I. G. Farbentrusts ein arbeitsloses Einkommen von 40.000 Mark im Jahre. Dazu kommen sein Ministergehalt, seine Abgeordnetensoldaten und anderes, so dass er ein Jahreseinkommen von 100.000 Mark habe. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer sei Interessent der deutschen Gdsschemie. Er lege einen Benzin- und Benzolzoll vor, der dem Reich 60 Millionen bringen soll, aber ganz sicher den deutschen Benzolproduzenten ein Geschenk von 25 Millionen im Jahre bringt, wovon 10 Millionen auf den Farbentrust entfallen.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer: Auf die persönlichen Angriffe des Vorredners erwidere ich,

dass ich selbstverständlich bei Uebernahme meines Ministeramtes sofort meinen Aufsichtsratsposten bei der I. G. Farben-Industrie niedergelegt habe.

Abg. Keil (Soz.): Wir sind nicht Gegner einer Steuersenkung, aber wir halten sie erst für möglich nach vorhergegangener Sanierung der Reichskasse. Die Notwendigkeit einer solchen Sanierung ist unbestritten. Wir könnten uns die Quellen dafür einfacher und sozial gerechter vorstellen, als sie in den vorliegenden Entwürfen vorgesehen sind.

Abg. Dr. Führ (Zentr.): Zu den vorliegenden Gesetzentwürfen können wir uns im einzelnen erst im Ausschuss äußern. Wir halten vor allem eine Sanierung für dringend notwendig auch im Interesse der Wirtschaft.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.): Ueber das Finanzprogramm im ganzen können wir uns endgültig erst entscheiden, wenn zwei großen Gesichtspunkten Rechnung getragen worden ist. Das ist einmal eine durchgreifende Beschränkung der Ausgaben und zweitens eine erhebliche Senkung der steuerlichen Belastung der produktiven Wirtschaft.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) betont, dass Steuersenkung und Kassenordnung in gleicher Weise im Interesse des Staates und der Wirtschaft liegen. Seine Partei sei bereit, die Sanierung der Kasse als vordringlich anzuerkennen, verlange aber mit Entschiedenheit, dass gleichzeitig steuerliche Entlastungen beschlossen werden. Insbesondere bestehe sie auf der sofortigen Aufhebung der Kapitalertragssteuer und auf der Senkung der Einkommen-

Wird „Notverordnung“ vermieden?

Wenig aussichtsvolle Versuche der Regierungsparteien — Entscheidung am 1. April

Der Reichstag hat sich gestern nachmittag nach Erledigung der ersten Lesung der Finanzvorlagen auf Montag nachmittag 3 Uhr vertagt. An diesem Tage stehen ausser kleineren Vorlagen die Anträge der Regierungsparteien und der Rechten zur Agrarfrage auf der Tagesordnung. In der Zwischenzeit finden keine Finanzverhandlungen statt, auch nicht im Steueraussschuss, der erst auf Dienstag vormittag einberufen wurde, da der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer, der bei diesen Verhandlungen nicht einberufen werden kann, dem Mannheimer Parteitag der Volkspartei beiwohnen will.

Es bleibt daher für die Ausschussberatung, für notwendig werdende interfraktionelle Besprechungen unter den Regierungsparteien und für die zweite und dritte Lesung im Reichstag nur ein Spielraum von sechs Tagen bis zum 1. April übrig. Nun wird zwar am nächsten Sonnabend im Reichsrat der Not-

steuer, der Gewerbesteuer und der Kapitalverkehrssteuer. Eine Prüfung darüber, ob nicht durch Ersparnisse ein Teil der Steuererhöhungen vermieden werden könne, beihilten sich die Demokraten noch vor. Sie würden jedenfalls alles daran setzen, unter Zurücksetzung eigener Parteiwünsche

die Verabschiedung des Programms auf parlamentarischen Wege möglich zu machen.

Abg. Gandorfer (Dtsch. Bauernp.) bedauert, dass der Plan eines Notgesetzes der Festbesoldeten nicht durchgeführt worden ist. Die vorliegenden Gesetzentwürfe seien eine schwere Schädigung der deutschen, besonders der bayerischen Bauern. Ganz unannehmbar sei vor allem die vorgeschlagene Biersteuer-Erhöhung.

Damit ist die erste Beratung geschlossen. Die Vorlagen werden dem Steuer-Ausschuss überwiesen.

Um 5 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, den 24. März, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen neben kleineren Vorlagen die Agrarzoll-Anträge der Regierungsparteien.

etat beraten werden, der über die erste Kassennot am Monatsende hinweghelfen könnte.

Ob dies aber genügen wird, um die drohende Regelung der Finanzfrage durch Notverordnungen hinauszuhalten, wird in unterrichteten Kreisen bezweifelt.

Unter allen Umständen wird es sich daher empfehlen, in der letzten Märzwoche die äusserste Anstrengung zu machen, um die Regelung „auf parlamentarischen Wege“ zu sichern, zu der sich auch in der gestrigen Reichstagsdebatte ein Redner nach dem anderen bekannt hatte. Der Reichsrat wird heute nachmittag unter anderem das zweite Gesetz zur Übergangsregelung des Finanzausgleichs beraten.

Reichsgerichtsrat Wunderlich. Der der Deutschen Volkspartei angehörende Reichstagsabgeordnete Dr. Hans Wunderlich, der von Beruf Landgerichtsdirektor ist, ist zum Reichsgerichtsrat ernannt worden. Seit 1923 ist er Mitglied des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, seit 1929 Vorsitzender des Deutschen Richterbundes.

